

Wir verwenden bei Ihrem Besuch auf unserer Webseite Cookies. Indem Sie unsere Webseite benutzen, stimmen Sie unseren Datenschutzrichtlinien zu. [Mehr zum Thema](#) OK X

Home > Welt > ARTE Journal > > "Orban hat den Euroskeptizismus salonfähig gemacht"

Schriftgröße: + -

ARTE JOURNAL - 27/06/11

"Orban hat den Euroskeptizismus salonfähig gemacht"

Die ungarische Ratspräsidentschaft neigt sich dem Ende zu. Am 1. Juli übernimmt Polen das Ruder. Der EU-Experte Martin Brusis zieht eine Bilanz. Rebecca Donauer hat für ARTE Journal mit dem Politikwissenschaftler der Universität München gesprochen.

Rebecca Donauer: Hat Ungarn seine Ziele erreicht, die es zu Beginn der Ratspräsidentschaft, angekündigt hatte?

Transkript

Martin Brusis: Der ungarische Premierminister Orban hat ja behauptet, dass 98 Prozent der Ziele seiner Präsidentschaft erreicht worden seien. Das halte ich für weit übertrieben. Man muss, denke ich, eine gemischte Bilanz ziehen. Zum einen ist es gelungen, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zum Abschluss zu bringen. Es gibt eine Strategie für den Donau-Raum, eine Strategie zur Integration der Roma-Minderheit. Was die wirtschaftspolitische Steuerung betrifft, ist Ungarn nur partiell erfolgreich gewesen. In der übrigen Außenpolitik ist die Bilanz eher negativ. Zum Beispiel wurde der Gipfel zur östlichen Partnerschaft verschoben. Die Erweiterung des Schengenraums um Bulgarien und Rumänien ist auch verschoben worden. Und eigentlich hat die EU keine wirklich überzeugenden und international sichtbaren Antworten auf die überraschenden Entwicklungen des letzten Halbjahres gefunden, wie zum Beispiel die Arabellionen, die demokratischen Umbruchsprozesse in der arabischen Welt und sie hat auch keine einheitlichen Positionen in der Libyen-Krise gefunden. Letztendlich hat sie auch wenig überzeugend auf die Euro- und Griechenlandkrise reagiert.

Von Anfang an gab es Streit wegen innerpolitischer ungarischer Politik, zum Beispiel wegen dem Mediengesetz. Hat dies die Ratspräsidentschaft und die EU insgesamt beschädigt?

Transkript

Das würde ich nicht sagen. Nein. Die Entwicklungen des letzten Halbjahres zeigen, dass die Ratspräsidentschaft insgesamt an Bedeutung verloren hat. Das hat mit dem Lissaboner Vertrag zu tun, der ja die Führung des europäischen Rates und des Außenministerrates eben an einen gewählten Präsidenten, beziehungsweise einer Außenbeauftragten übertragen hat. Dadurch kann ein so "konfliktüberladenes" Land wie Ungarn die EU nicht mehr komplett lähmen.

Viel hat man von Ungarn im letzten halben Jahr nicht gehört. Woran liegt das?

Transkript

Man könnte sagen, das es wichtigere Fragen gab. Und es lag, dass Premierminister Orban gezielt marginalisiert wurde, nach den Ereignissen vom Januar, also dem Streit um das Mediengesetz. Er wurde zum Beispiel nicht

hinzugezogen, als es darum ging die Libyen-Politik zu formulieren. Der östliche Partnerschaftsgipfel wurde in die polnische Präsidentschaft hinein verschoben. Zum anderen hatten sowohl die EU-Institutionen, als auch Ungarn Interesse daran, diese Präsidentschaft auf der Arbeitsebenemöglichst reibungslos zu managen und deswegen hat man eben wenig gehört.

Halten Sie es für vereinbar, die Ratspräsidentschaft der EU inne zu haben und ein Mediengesetz und eine Verfassung zu verabschieden, die den europäischen Werten widerlaufen?

Transkript

Die EU ist ja eine Institution zwischen Bundesstaat und Staatenbund. Das Staatenbundelement besteht darin, dass die Mitgliedsstaaten souverän sind, was die nationalen Verfassungen betreffen, die die Staatsordnungen betreffen, viele grundlegenden Aspekte der Staatsorganisation betreffen. Insofern kann die EU da wenig ausrichten. Das hat man ja gesehen, an der Reaktion der EU auf das ungarische Mediengesetz. Die Kritik, die die EU-Kommission geäußert hat bezog sich ja mehr auf marginale Dinge. Während das eigentliche Problem, also das Mediengesetz, von Europa aus nicht wirksam sanktioniert werden konnte. Dafür gibt es keine gemeinsame Rechtsbasis in den europäischen Verträgen. Es ist ausgeschlossen, Ungarn oder irgendeinem anderen Land die Präsidentschaft abzuerkennen. Was man gesehen hat, war, dass die ungarischen Politiker im europäischen politischen Geschäft aufgrund dieser ganzen Belastungen politisch marginalisiert wurden.

Welche Bilanz ziehen Sie aus der ungarischen Ratspräsidentschaft?

Transkript

Eine wichtige Lehre, die man ziehen kann, ist, dass es unmöglich ist zwischen innerstaatlicher und europäischer Politik zu trennen. In Ungarn selbst hat die Regierung die Präsidentschaft benutzt, um den Euroskeptizismus breit zu popularisieren. Ich denke da an den Vergleich Orbans zwischen Brüssel und der Harbsburger Vorherrschaft und der Moskauer Dominanz in der Sowjetunion. Und das mit dem Hinweis darauf, dass die ungarische und die europäische Identität unvereinbar sind. Auch von höchster Stelle, durch den Premierminister Orban wurde hier ein euroskeptischer Ton salonfähig gemacht. Das zeigt, dass rechtspopulistische Kräfte zunehmend politische Bedeutung in Europa gewonnen haben. Das ist nicht nur in Ungarn sichtbar, sondern auch in anderen Ländern, aber hier es deutlich zu sehen.

Erstellt: 24-06-11

Letzte Änderung: 27-06-11

0 Kommentare [Arte.tv/de](#)

 Einloggen

 Empfehlen  Teilen

[Nach Besten sortieren](#)



Die Diskussion starten...

Schreiben Sie den ersten Kommentar.

 Abonnieren

 Disqus deiner Seite hinzufügen [Add Disqus Add](#)

 Datenschutz

ARTE WEBSITES
ARTE.TV

ZUSCHAUERDIENST
Kontakt

UNTERNEHMEN
Presse

NETZWERKE
Facebook

EMPFANG
ARTE empfangen

RECHTLICHE
INFORMATIONEN